



IN DEUTSCHLAND GEHT ES AUFWÄRTS

ARGUMENTE, FAKTEN, HINTERGRÜNDE

CDU

1. FÜR EIN VERNÜNFTIGES WIRTSCHAFTEN

Die deutsche Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit geht stark zurück – Deutschland erholt sich schneller als erwartet von den Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Die Politik der CDU-geführten Bundesregierung hat sich als richtig erwiesen. Mit klugen Entscheidungen in der Krise wurden Arbeitsplätze in den Betrieben erhalten und die Voraussetzungen für den konjunkturellen Aufschwung geschaffen. Die Wachstumsprognosen für dieses Jahr liegen bei fast drei Prozent. Deutschland ist das einzige Land in der EU, in dem die Arbeitslosigkeit derzeit geringer ist als vor der Krise. Mehr als 40 Millionen Erwerbstätige haben die Arbeitslosigkeit auf den geringsten Wert seit 1992 gedrückt. Auch in Ostdeutschland liegt die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1992 wieder unter 1 Million. Im Ausland spricht man vom „deutschen Jobwunder“.

Mehr Arbeit für alle

Steigende Exporte, eine steigende Nachfrage von Fachkräften, mehr offene Stellen – Vieles spricht für die Fortsetzung der Belebung am Arbeitsmarkt. Dank eines kräftigen Konjunkturschubs gewinnt der Aufschwung am deutschen Arbeitsmarkt weiter an Fahrt. Wegen der guten Auftragslage sind derzeit viele Unternehmen zur Einstellung neuer Mitarbeiter in der Lage. Die Arbeitslosenzahl wird in den kommenden Monaten weiter sinken, im Herbst 2010 könnte die Zahl unter der drei Millionen Marke liegen. Die Belebung am Arbeitsmarkt erreicht Alt und Jung: Bei der Integration Älterer auf dem Arbeitsmarkt waren die Maßnahmen besonders erfolgreich. Ihre Erwerbstätigenquote ist von 2001 bis 2009 um fast 16 Prozentpunkte auf 56 Prozent gestiegen. Auch bei den unter 25-Jährigen ist der Erfolg deutlich: Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen hat sich seit 2005 halbiert, und die Quote von rd. 9 Prozent ist die zweitniedrigste in der gesamten EU.

Vorausschauende Politik schaffte Grundlage für den Aufschwung

Für die starke wirtschaftliche Erholung und die Entwicklung am Arbeitsmarkt waren auch die klugen Entscheidungen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft zu Beginn dieses Jahres wichtig.

- Mit dem Bürgerentlastungsgesetz zum 1. Januar 2010 wurden Krankenkassenbeiträge steuerlich absetzbar und damit die Steuerzahler um 9,5 Milliarden Euro entlastet.

- Mit der Reform der Unternehmensteuer wurde die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen auf unter 30 Prozent gesenkt. Damit kann der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb mithalten.
- Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1. Januar 2010 sind vor allem Familien mit Kindern noch weiter entlastet worden. Allein die Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergelds entlastet Familien mit Kindern um rd. 4,6 Milliarden Euro.

Generationengerechte Finanzen

Jetzt gilt es, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern und zugleich die Instrumente zur Krisenbekämpfung schrittweise abzubauen. Deshalb haben wir in der Bundesregierung ein umfassendes Sparpaket durchgesetzt, mit dem wir für Haushaltsdisziplin und eine nachhaltige Rückführung der Verschuldung sorgen. Dabei hilft die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Gleichzeitig stärken wir unser Wachstumspotenzial für die Zukunft, indem wir die Investitionen in Bildung, Forschung, Verkehr und Kinderbetreuung erhalten und weiter ausbauen.

- Der Bundeshaushalt 2010 enthält mit ca. 65 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme die höchste Neuverschuldung der Nachkriegszeit. Daher hat die christlich-liberale Koalition ein umfassendes Sparpaket aufgelegt, mit dem wir bis 2014 rd. 82 Milliarden Euro einsparen. So schaffen wir die Einhaltung der Schuldenbremse: Wir müssen die strukturelle Neuverschuldung bis 2016 auf unter 10 Milliarden Euro absenken. Mit dem Sparpaket sind bereits fast zwei Drittel des strukturellen Konsolidierungsbedarfs auf den Weg gebracht.
- Ab 2016 darf die Neuverschuldung des Bundes grundsätzlich nicht höher sein als 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, den Ländern ist ab 2020 grundsätzlich gar keine Neuverschuldung mehr erlaubt.
- Europäischer Stabilitätspakt: Das Bundesfinanzministerium erwartet in diesem Jahr ein Staatsdefizit von rund 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Die Vorgabe im Rahmen des laufenden Defizitverfahrens, bis zum Jahr 2013 das Staatsdefizit wieder unter die 3 Prozent-Grenze des Maastricht-Vertrages zurückzuführen, könnte nach der aktuellen Vorausschätzung schon 2012 erreicht werden.

Die CDU steht für Haushaltsdisziplin und nachhaltige Konsolidierung. Wir konsolidieren schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite. Gleichzeitig stärken wir unser Wachstumspotenzial für die Zukunft, indem wir die Investitionen in Bildung und Forschung weiter erhöhen. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit und Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum.

- Deutschland ist Vorbild für andere Euro-Länder: Inzwischen hat sich international die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Stabilität des Euro – und damit die Stabilität des Wohlstandes in Europa – auf Dauer nur mit einer soliden Haushaltspolitik in allen Euro-Ländern gewährleistet werden kann. Auch im Kreis der G20 Staaten hat man sich auf Druck der Bundesregierung auf einen Sparkurs verständigt und will so die in den letzten Jahren aufgebaute Staatsverschuldung zurückführen. Das ist ein gutes Signal für die Weltfinanzmärkte.

Neue Ordnung auf den Finanzmärkten vermeidet neue Krisen

Die weltweite Finanzmarktkrise hat zwar eine Fülle von Ursachen, die sich aber trotz ihrer ganzen Komplexität auf einen zentralen Kern zurückführen lassen: auf das Fehlen eines stabilen Ordnungsrahmens und auf individuelle Verantwortungslosigkeit. Die CDU setzt sich daher für internationale Regeln auch auf den Finanzmärkten ein. Entgegen der von den Medien gerne kolportierten Behauptung, bei der Finanzmarktregulierung sei „noch nichts geschehen“, hat die CDU-geführte Bundesregierung schon eine ganze Menge erreicht:

- Wir haben ein gesetzliches Verbot von ungedeckten Leerverkäufen deutscher Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie ähnlich hochspekulativer Geschäfte eingeführt.
- Wir haben ein Transparenzsystem für Leerverkaufspositionen eingeführt.
- Um systemische Risiken zu verringern und die Stabilität des Finanzsektors zu erhöhen, haben wir zusammen mit unseren Partnern auf europäischer Ebene die Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie (Basel II) geändert, die vor Kurzem in deutsches Recht umgesetzt wurde.
- Künftig müssen Aufsichtsbehörden bei grenzüberschreitend tätigen Bankkonzernen ihre Arbeit bessere koordinieren und intensiver zusammenarbeiten.

- Eine der Ursachen der Finanzmarktkrise war der Ankauf von riskanten Verbriefungen durch Finanzinstitute. Diese Papiere wurden von eigens dafür eingerichteten Zweckgesellschaften ausgegeben, die kein einziges der Wertpapiere selbst behielten. Damit trugen die Zweckgesellschaften selbst keinerlei Risiko eines Kursverfalls. Deshalb sahen sie auch keine Veranlassung, verantwortungsbewusst mit Risiken umzugehen und brachten immer riskantere und abenteuerlichere Verbriefungs-Konstruktionen heraus. Als die Blase platzte und die Kurse für diese Papiere einbrachen, gerieten Banken in Schwierigkeiten und benötigten staatliche Unterstützung. Um dies künftig zu verhindern, darf ein Institut ab 2011 nur noch dann in Verbriefungen investieren, wenn der Herausgeber der Verbriefung mindestens fünf Prozent der Risikoposition selbst behält. Ab 2013 steigt der Selbstbehalt sogar auf zehn Prozent.
- Banken und Versicherungen müssen künftig über angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssysteme verfügen.
- Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird ermächtigt, in bestimmten Fällen die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile zu untersagen.
- Zudem arbeitet die christlich-liberale Bundesregierung derzeit auch an der Erhebung einer Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitätsfonds, aus dem künftige Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken finanziert werden sollen. Es darf nicht sein, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert, also den Steuerzahlern aufgebürdet werden!
- Den Aufträgen des Koalitionsvertrags folgend werden wir in Kürze auch strengere Anlegerschutzbestimmungen im Grauen Kapitalmarkt und härtere Sanktionen bei Falschberatung verabschieden.
- Auf Europäischer Ebene setzt sich die christlich-liberale Bundesregierung weiterhin intensiv für die Reform der EU-Finanzaufsichtsstrukturen ein. Wir wollen die Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken, der die Stabilität des gesamten Finanzsystems überwacht, Risiken analysiert sowie Warnungen und Empfehlungen zu ihrer Beseitigung ausspricht.
- Zudem treten wir für die Schaffung eines Europäischen Finanzaufsichtssystems ein, in dem die nationalen Aufsichtsbehörden mit drei neuen EU-Aufsichtsbehörden im Ban-

ken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor zusammenarbeiten. So können künftige Finanzmarktrisiken besser erkannt und beseitigt werden. Die Errichtung der neuen EU-Aufsichtsstrukturen ist bereits für den 1. Januar 2011 geplant.

- Die CDU tritt für eine europaweite Regelung für Manager von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds ein. Die Richtlinie soll die bestehenden EU-Regelungen ergänzen und insbesondere die Zulassung der Manager, ihre fortlaufende Aufsicht, Mindestkapitalanforderungen, sowie Transparenzpflichten gegenüber Investoren und Aufsichtsbehörden umfassen. Die abschließende Abstimmung im Europäischen Parlament soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Nachhaltige Finanzen für die Kommunen

Mit der Einsetzung der Gemeindefinanzkommission hat der Bund einen wichtigen Schritt hin auf dem Weg zu einer soliden finanziellen Ausstattung der Kommunen getan. Am 8. Juli 2010 haben die seitens der Kommission eingerichteten Arbeitsgruppen in den Bereichen Kommunalsteuern, Standards und Rechtsetzung ihre Zwischenberichte vorgelegt. Diese enthalten bereits wichtige Hinweise zur Behebung struktureller Defizite sowie der Konjunkturanfälligkeit kommunaler Einnahmen, zur Entlastung durch Flexibilisierung von Standards sowie zu einer besseren Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes und von EU-Rechtsetzung.

In den kommenden Monaten wird die Arbeit der Gemeindefinanzkommission eines der wichtigsten politischen Themen sein. Im Rahmen des Themenbereiches Hartz IV ist die Frage der Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterkunft zu klären. Ferner ist die Umsetzung der Organisationsreform des SGB II (Jobcenter, Optionskommunen) zu begleiten sowie die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes, insbesondere zugunsten von bedürftigen Kindern. Damit wird auf kommunaler Ebene nicht zuletzt das Thema Bildung sowie der Ausbau der Betreuung und die frühkindliche Förderung für 1 bis 6-Jährige verbunden sein.

2. WIR INVESTIEREN GEZIELT IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES

Ausbau der Kinderbetreuung hat weiterhin Priorität

Trotz der notwendigen Sparanstrengungen steht die CDU-geführte Bundesregierung zu ihrem Ziel der Schaffung einer bedarfsgerechten Betreuung für unter dreijährige Kinder in Kindertageseinrichtungen bis zum Jahr 2013. Um dies zu erreichen, trägt der Bund mit 4 Milliarden Euro rund ein Drittel der Kosten. Ab 2014 wird sich der Bund dauerhaft mit jährlich 770 Millionen Euro an der Finanzierung der Betriebskosten beteiligen.

Bis 2013 soll für die Unter-Dreijährigen zur Bedarfsdeckung eine Betreuungsquote in Höhe von bundesweit 35 Prozent erreicht sein. Derzeit stehen bereits 20 Prozent zur Verfügung (West 14,6 Prozent, Ost 46 Prozent; jeweils ohne Berlin).

Rund 417 000 Kinder unter drei Jahren wurden im Jahre 2009 in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Dies entspricht einem Anstieg von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Trotz der Wirtschaftskrise haben die Kommunen seit Beginn des letzten Jahres verstärkt in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert und Anträge für Bundeszuschüsse aus dem Sondervermögen des Bundes für 150 000 Plätze gestellt. Dies bedeutet eine Verdreifachung des Fördervolumens gegenüber dem Jahr 2008.

(Quelle: Statist. BA, BMFSFJ)

Deutschland wird Bildungsrepublik

Auf dem ersten Bildungsgipfel im Oktober 2008 rief Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bildungsrepublik Deutschland aus. Bildung und Forschung sind in unserer globalisierten Welt der Schlüssel für individuellen Aufstieg, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand. Auch in der christlich-liberalen Koalition behält die Zukunftsfähigkeit unseres Landes oberste Priorität. Ohne zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung ist dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen. Deshalb verständigten sich Bund und Länder im Dezember 2009 in Berlin auf das Zehn-Prozent-Ziel: Bis 2015 sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung (sieben Prozent) und Forschung (drei Prozent) aufgewendet werden. Eine erste Bilanz wird der Bund im Jahr 2014 ziehen.

Trotz Wirtschaftskrise und harten Sparanstrengungen nimmt die CDU-geführte Bundesregierung Kurs auf das Zehn-Prozent-Ziel. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2013 werden insgesamt 12 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung (sechs Milliarden Euro) und Forschung (sechs Milliarden Euro) ausgegeben. Von den sechs Milliarden Euro für Bildung werden drei Milliarden Euro für den Ausbau der Hochschulbildung verwendet und weitere drei Milliarden Euro für die Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher – und damit für die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit.

Bildungsketten

Angesichts des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger und Ausbildungsbewerber kontinuierlich ab. Das könnte schon bald zu einem Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft führen. Dieser Entwicklung will die CDU-geführte Bundesregierung mit der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ entgegensteuern: Schülerinnen und Schüler – vor allem an Hauptschulen – sollen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung individuell unterstützt werden. Besonders gefährdeten Jugendlichen werden dabei Berufseinstiegsbegleiter, so genannte „Bildungslotsen“, an die Seite gestellt, um ihre Ausbildungschancen zu verbessern. Sie unterstützen die Jugendlichen von der Vorabgangsklasse bis ins erste Ausbildungsjahr.

Ausbildungspakt

Trotz der Wirtschaftskrise blieb der Ausbildungsmarkt relativ stabil. Am Stichtag, dem 30. September 2009, wurden 566 004 neue Ausbildungsverträge gezählt. Das sind zwar 8,2 Prozent weniger als im Jahr 2008. Da aber gleichzeitig demografiebedingt die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen um 8,8 Prozent auf 575 607 zurückging, verschlechterten sich ihre Ausbildungschancen nicht. So übertraf Ende September 2009 die Anzahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (17 225) die Zahl der noch unversorgten Bewerber (9603).

Hochschulpakt

- Die Zahl der Studienberechtigten wird sich bis 2020 deutlich erhöhen. Verantwortlich dafür sind die geburtenstarken Jahrgänge und die gestiegene Attraktivität eines Studiums. Deshalb haben Bund und Länder den Hochschulpakt vereinbart: Mit rund 100 000 zusätzlichen Studienanfängern gegenüber 2005 übertrafen Bund und Länder die Ziel-

marke des Pakts von rund 91.000 Studienanfängern bis zum Jahre 2010 schon im Jahr 2009.

In der zweiten Programmphase 2011 bis 2015 werden weitere 275 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen.

- Zusätzlich erhalten die Hochschulen 1,6 Milliarden Euro für die Finanzierung von Programmpauschalen für DFG-geförderte Forschungsprojekte. Über den Einstieg in die Vollkostenfinanzierung von Forschungsprojekten wird die universitäre Forschung nachhaltig gestärkt.
- Bei ihrem Treffen am 10. Juni 2010 verständigten sich Bund und Länder zudem auf ein gemeinsames Förderprogramm zur Verbesserung der Studienbedingungen und für mehr Qualität in der Lehre. Hierfür stellt der Bund bis zum Jahr 2020 rund zwei Milliarden Euro bereit. Insbesondere soll mit diesem Programm die Betreuung und Beratung der Studierenden optimiert werden, indem die Hochschulen zusätzliche Professoren, Mentoren und Tutoren einstellen können.

Studienfinanzierung

Mit der Priorität für Bildung und Wissenschaft will die CDU-geführte Bundesregierung junge Leute für eine Hochschulausbildung ermutigen. Dabei setzen wir auf den Dreiklang aus BAföG, Stipendien und Bildungsdarlehen. Ziel ist nicht nur die Etablierung eines zukunftsfähigen Studienfördersystems. Vielmehr wollen wir gerade Studieninteressierten die Entscheidung für eine Hochschulausbildung erleichtern, die aus finanziellen Gründen zögern. Denn jeder junge Mensch verdient es, gemäß seinen Begabungen optimal gefördert zu werden.

BAföG

Der Geldbeutel der Eltern darf nicht ausschlaggebend für die Aufnahme eines Studiums sein. Das ist nicht nur ein wichtiges bildungspolitisches Anliegen, sondern eine Frage der Chancengerechtigkeit und des klugen Umgangs mit Talenten. Deshalb erhöhte die CDU-geführte Bundesregierung 2008 die BAföG-Sätze um zehn Prozent und die Elternfreibeträge um acht Prozent. Insgesamt erhielten 2009 deutschlandweit rund 873 000 Studenten und Schüler finanzielle Unterstützung nach dem Bundes-Ausbildungsförderungsgesetz.

Bildungsdarlehen

Für diejenigen, die kein BAföG erhalten, besteht schon seit der letzten Legislaturperiode die Möglichkeit, ein KfW-Bildungsdarlehen zu beziehen. Davon profitieren mittlerweile über 70 000 Studierende.

Stipendienwesen

■ **Begabtenförderwerke**

Die Bundesregierung erhöhte bereits in der letzten Legislaturperiode die Zuschüsse an die Begabtenförderwerke von 80,5 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 132,3 Millionen Euro im Jahr 2010. Ab dem Wintersemester 2010/11 wird für die Stipendiaten der Begabtenförderwerke zudem das einkommensunabhängig gezahlte monatliche Büchergeld von 80 Euro auf 300 Euro aufgestockt.

■ **Nationales Stipendienprogramm**

Mit dem nationalen Stipendienprogramm in Höhe von monatlich 300 Euro schafft die CDU-geführte Bundesregierung erstmals ein Programm, das unabhängig vom Einkommen der Eltern, allein nach Leistungskriterien vergeben wird. In Zukunft sollen bis zu acht Prozent der engagierten und leistungsstarken Studierenden mit dem neuen Programm unterstützt werden. Neben Begabung und Leistung können die Hochschulen das gesellschaftliche Engagement und Hürden in der Bildungsbiographie, wie die Herkunft aus bildungsfernen Schichten oder einen Migrationshintergrund berücksichtigen.

Forschung und Innovation

Deutschland ist gut aufgestellt bei Forschung und Innovation und hat sich unter der CDU geführten Bundesregierung zurück an die Spitze der Hightech Nationen gekämpft.

- Die Innovationspolitik ist über alle Ministerien abgestimmt und bündelt erfolgreich die Forschungskräfte in Deutschland. So können aus guten Forschungsergebnissen schneller Erfolge auf den Märkten werden. Im Mittelpunkt stehen die großen und wichtigen Themen der Zukunft: Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit.
- Geforscht wird für konkrete Zukunftsprojekte: die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt, den intelligenten Umbau der Energieversorgung, Nachwach-

sende Rohstoffe als Alternative zum Öl, bessere Therapien mit individualisierter Medizin, mehr Gesundheit durch gesunde Ernährung, selbstbestimmtes Leben im hohen Alter, eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis 2020, effizienterer Schutz für Kommunikationsnetze, mehr Internetnutzung bei weniger Energieverbrauch, das Wissen der Welt digital zugänglich und erfahrbar machen und die Arbeitswelt und – organisation von morgen. In zehn bis 15 Jahren sollen die Zukunftsprojekte in Deutschland Wirklichkeit geworden sein.

- Die Bundesregierung fördert erfolgreich Spitzencluster, in denen Unternehmen, Bildungs- und Forschungsinstitute sowie auch Verwaltung in einer Region entlang der ganzen Innovationskette zusammenarbeiten. Zehn Spitzencluster mit Potenzial wurden in einem harten Wettbewerb identifiziert: BioRN – BiotechnologieCluster Rhein-Neckar, Cool Silicon – Energy Efficiency Innovations from Silicon Saxony, Forum Organic Electronics Rhein-Neckar, Luftfahrtcluster Hamburg, Solarvalley Mitteldeutschland, Software-Cluster Region Darmstadt – Karlsruhe – Kaiserslautern – Saarbrücken - Wall-dorf, Münchener Biotech Cluster m4, Medical Valley Nürnberg, MicroTEC Südwest, EffizienzCluster LogistikRuhr.
- Neue Forschungsinstitute und -strukturen werden geschaffen. Ganz wichtig: Für die sechs großen Volkskrankheiten wird je ein Deutsches Zentrum der Gesundheitsforschung geschaffen. Zwei Zentren – eins für Neurodegenerative Krankheiten und eins für Diabetesforschung sind bereits gegründet. Zentren für Krebs-, Infektions-, Herz-Kreislauf- und Lungenforschung kommen noch hinzu.
- Deutschland ist bei den FuE-Ausgaben die Nummer eins in Europa und auf Platz vier der Weltrangliste. Insgesamt 2,64 Prozent (*Berechnungen des BMBFs für 2008*) gibt Deutschland inzwischen für Forschung und Entwicklung aus. Das ist der höchste Anteil seit der Wiedervereinigung. Bis 2015 wollen wir 3 Prozent erreichen.
- Die deutschen Unternehmen haben ihre Forschungsanstrengungen in den letzten Jahren um mehr als 20 Prozent gesteigert und selbst in der Wirtschaftskrise nicht zurückgefahren. (*Anstieg von 48,4 Milliarden Euro auf 57,4 Milliarden Euro 2009 lt. Stifterverband*). Ganz vorne liegen Automobilindustrie, Elektrotechnik, Chemie und Maschinenbau.

- In wichtigen Zukunftsbranchen – Pharma, Biotechnologie, Nanotechnologie, Medizintechnik, Umwelttechnologie, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (*Angaben BMWI, Reg.-Erkl. Brüderle 1.7.2010*) – sind wir technologisch an der Spitze.
- 330 000 Vollzeitstellen gibt heute es in der Forschung, das sind 30 000 mehr als 2005.
- Die Experten des World-Economic-Forum attestierten deutschen Unternehmen 2009 die höchste Innovationsfähigkeit von 133 untersuchten Ländern.
- Fast 50 Prozent der Gesamtwertschöpfung stammt in Deutschland aus innovativen forschungsintensiven Produkten und Dienstleistungen - Weltrekord.
- Bei den wissensintensiven Dienstleistern herrscht im Sommer 2010 gute Stimmung (*Konjunkturumfrage ZEW und Creditreform*). Treibende Kraft sind vor allem Unternehmensberater, technische Planer und die Unternehmen aus Forschung und Entwicklung.
- Deutsche Forschungsinstitute sind in Europa und international erfolgreich. So hat z.B. das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Federführung der Innovationsgemeinschaft InnoEnergy des Europäischen Technologieinstitutes (EIT) erhalten, die Industrie, Forschung und Lehre in ganz Europa zur Schaffung eines nachhaltigen Energiesystems verzahnt.
- Unser Ziel ist eine innovative Gesellschaft. Die Bürger müssen mitdiskutieren können über Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse. Dafür werden neue Dialogplattformen im Internet eingerichtet.

Infrastruktur

Deutschland braucht eine hochmoderne Infrastruktur für den wirtschaftlichen Erfolg und die Mobilität seiner Bürger.

Gerade Investitionen in eine effiziente Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Zukunftsinvestitionen. Diese Investitionen stehen für eine auf die Zukunft ausgerichtete, verantwortungsvolle Politik.

- Es ist gelungen, den Verkehrsetat 2010 auf nahezu gleichem Niveau wie im Vorjahr zu halten: 12,6 Milliarden Euro fließen in den Ausbau und Erhalt von Verkehrsinfrastruktur.

Auch die Verkehrssicherheit und effizientes Ausnutzen vorhandener Transportmöglichkeiten sind ein wichtiges Betätigungsfeld

- Die Entwicklung der Unfallzahlen zeigt, dass unsere Fördermittel hier gut investiert sind: Von 1970 bis 2009 ist die Zahl der Menschen, die auf unseren Straßen pro Jahr tödlich verunglücken von 21 000 auf rund 4 000 gesunken. Dieser Rückgang ist umso überzeugender, als sich im Betrachtungszeitraum die Zahl der Fahrzeuge und der zurückgelegten Kilometer verdreifacht hat.
- Mit rund 11 Millionen Euro unterstützt das Bundesverkehrsministerium auch in diesem Jahr im ganzen Land Maßnahmen, die dazu beitragen, den Straßenverkehr sicherer zu machen. Unterstützt werden vor allem Programme, die sich an gefährdete oder schwächere Verkehrsteilnehmer richten. Dazu gehören etwa Projekte für Kinder im Kindergartenalter, das Seniorenprojekt „Mobil bleiben, aber sicher“, die Fahrradwochen der Städte und Gemeinden und die „Aktion junge Fahrer“, die sich der Sicherheit von Fahranfängerinnen und Fahranfängern widmet.

Unsere ländlichen Räume brauchen starke Klein- und Mittelstädte, um die demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu bewältigen und die Daseinsvorsorge für die Menschen zu sichern.

- Mit dem neuen Städtebauförderungsprogramm unterstützen wir diese Städte und Gemeinden und machen sie stark für die Zukunft. Mit dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ werden die Kommunen unterstützt, ihre städtebauliche Infrastruktur zu verbessern, zu modernisieren und bedarfsgerecht anzupassen. Wenn möglich, auch gemeinsam; kleine Gemeinden können durch Kooperationen Angebote aufrechterhalten, die sie allein nicht anbieten können. Für das Programm stellt der Bund in diesem Jahr 18 Millionen Euro bereit.

Die Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten hat knapp 4,4 Milliarden Euro eingebracht, die dem Bundeshaushalt zufallen. Für die Frequenzen, die sich wegen ihrer Ausbreitungseigenschaften besonders gut für breitbandiges, mobiles Internet eignen – und auch unter dem Begriff „Digitale Dividende“ bekannt sind – wurden allein 3,58 Milliarden Euro geboten.

- Die Breitbanderschließung des ländlichen Raums wird mittels Funklösungen grundsätzlich möglich. Durch die Vergaberegeln wird sichergestellt, dass die „weißen Flecken“, also die bisher unversorgten Bereiche in kleinen und kleinsten Gemeinden, vorrangig versorgt werden. Die CDU erwartet nun, dass die Unternehmen, die die Frequenzen ersteigert haben, umgehend mit dem Ausbau beginnen, so dass durch die Digitale Dividende noch in diesem Jahr ein weiterer Beitrag zur Versorgung ländlicher Räume mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen geleistet werden kann und die Realisierung der Breitbandstrategie der Bundesregierung weiter Form annimmt.

Wohneigentum

Die Wohneigentumsquote liegt in Deutschland derzeit bei 43 Prozent. Für rund 80 Millionen Menschen stehen in Deutschland rund 40 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Die Neubautätigkeit ist seit dem Höhepunkt in den 1990er Jahren deutlich gesunken. Heute liegt der Schwerpunkt der Bautätigkeit bei Investitionen in den Bestand. Modernisierungen für mehr Komfort und Energieeffizienz sowie Anpassungen an neue Wohnbedürfnisse, vor allem für ältere Menschen, stehen im Mittelpunkt. Entsprechend sind die Förderprogramme des Bundes auf diese Schwerpunkte ausgelegt:

- In den vergangenen vier Jahren hat die Bundesregierung für zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse für das Bauen und Sanieren rund 6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Seit 2006 wurden fast 1,8 Millionen Wohnungen mit dieser Unterstützung saniert oder neu gebaut.
- KfW-Programm Energieeffizient Sanieren im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes. Die Bundesregierung fördert bei bestehenden Wohngebäuden energetische Maßnahmen, die den CO₂-Ausstoß verringern und Energie einsparen. Haus- und Wohnungseigentümer werden über die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen bei der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen unterstützt. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung schafft Arbeitsplätze, verbessert die Wohnqualität und schützt die Umwelt.

Auch die Zuschüsse für den altersgerechten Umbau von Wohnungen werden laufend weiterentwickelt und den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Nachhaltiges Wachstum und Umweltschutz

Beim Thema Nachhaltigkeit geht es darum unsere Lebensgrundlagen und die zukünftiger Generationen zu schonen und die Schöpfung zu achten. Ökologie und Ökonomie sind für die CDU keine Gegensätze.

- Deutschland ist ein Vorreiter bei der Zusammenführung von Wachstum und Umweltschutz. In Bezug auf das Wohlstandsniveau stoßen wir 30 Prozent weniger CO₂ als die USA, 44 Prozent weniger als China und zwei Drittel weniger als Russland aus.
- Deutschland ist Vorreiter im Klimaschutz. Von 1990 bis 2009 hat Deutschland seine Treibhausgasemissionen um ca. 29 Prozent gesenkt und damit seine Verpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll bereits jetzt überboten; zugesagt war eine Senkung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008-2012 um 21 Prozent unter das Niveau von 1990.
- Mit einem Zuwachs von jährlich rund 25 Prozent sind die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren Verkaufsschlager bei den Umweltexporten. Mehr als 10 Prozent des gesamten Verbrauchs an Wärme, Strom und Kraftstoffen wurden im Jahr 2009 in Deutschland durch Erneuerbare Energien bereitgestellt, der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion beträgt bereits heute fast 17 Prozent. Mittlerweile sind in diesem Bereich mehr als 300 000 Menschen beschäftigt. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes haben wir die Weichen für den weiteren markt- und wettbewerbsfähigen Ausbau, Planungssicherheit für die Unternehmen und bezahlbare Preise für die Verbraucher gestellt.
- Wir haben Investitionsanreize für Unternehmen bei erneuerbaren Energien im Wärmebereich geschaffen. Mit dem Marktanzreizprogramm (MAP) konnten im Jahr 2009 ein Förderrekord erreicht und insgesamt Investitionen in Höhe von 3 Milliarden Euro ausgelöst werden. Über das MAP werden Technologien mit höchster Wertschöpfung in Deutschland gefördert. Das Programm stärkt die technologische Spitzenstellung der deutschen Industrie. In diesem Jahr stehen insgesamt 380 Millionen Euro für die Förderung bereit; das ist fast doppelt so viel wie jeweils jährlich im Zeitraum von 2002 bis 2007 zur Verfügung stand.

- Bis 2020 sollen 1 Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren – mit diesem Ziel setzen wir auf eine wichtige Zukunftstechnologie und leisten einen Beitrag zu einer klima- und umweltfreundlichen Verkehrspolitik.
- Beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen haben wir viel erreicht. Nationalparks und das „Grüne Band“ mit seinem besonderen Reichtum an gefährdeten Arten und Lebensräumen gehören zu den besonderen Erfolgen der Umweltpolitik in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus hat sich Ostdeutschland zum Vorreiter für innovative Umwelt- und Energietechnologien entwickelt.
- Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz schützen wir die Vielfalt der Arten und Lebensräume sowie die genetische Vielfalt der einzelnen Tier- und Pflanzenarten und wirken einer Gefährdung natürlicher Ökosysteme entgegen. Das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ soll ein Impulsgeber für den Schutz und den nachhaltigen Umgang mit der biologischen Vielfalt in Deutschland werden.
- Die CDU steht für eine umweltfreundliche, sichere und bezahlbare Energiepolitik. Mit einem schlüssigen energiepolitischen Gesamtkonzept bis zum Jahr 2050 wird die Bundesregierung in diesem Herbst die Weichen für die Zukunft stellen.

Zuversicht für die Landwirtschaft

Die deutschen Bauern blicken zuversichtlich in die Zukunft. Das vierteljährlich vom Deutschen Bauernverband erhobene Konjunkturbarometer Agrar ist im Juni/Juli bereits zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Nach den Krisenjahren 2008 und 2009 mit historisch niedrigen Agrarpreisen haben sich die Agrarmärkte auf breiter Front gefestigt. Die Preise steigen und die Nachfrage nach deutschen Agrarprodukten im Inland und Ausland zieht an. Auch die Milchpreise haben sich inzwischen deutlich erholt.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat der Landwirtschaft schnell und wirkungsvoll über die Krise hinweggeholfen. Das über 700 Millionen Euro starke Sonderprogramm wirkt.

- Mit Zinsverbilligungen und Ausfallbürgschaften ist die Liquidität der Betriebe gesichert worden (Krisenliquiditätsprogramm – 25 Millionen Euro 2010).

- Der Bund erhöht seine Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung 2010 und 2011 um insgesamt 200 Millionen Euro. Das entlastet die Beiträge der Versicherten.
- Den Milchbauern wird 2010 und 2011 jeweils eine Grünlandprämie von 37 Euro/Hektar und eine Kuhprämie von 21 Euro/Tier gewährt.

Heute sind unsere landwirtschaftlichen Betriebe stabil und deutlich gestärkt. Die CDU steht weiterhin fest an ihrer Seite:

- Der reduzierte Steuertarif von 25,6 Cent/Liter beim Agrardiesel wird beibehalten und der Selbstbehalt von 350 Euro und die Obergrenze von 10 000 Litern dauerhaft abgeschafft. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte direkt und nachhaltig.
- Auf europäischer Ebene hat Bundeskanzlerin Merkel sich persönlich dafür eingesetzt, dass die Bedeutung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen für Wachstum und Beschäftigung in der EU-Strategie 2020 anerkannt werden.
- Die Bundesregierung wird bei der Reform der EU-Agrarpolitik nachdrücklich die Interessen der deutschen Landwirte vertreten: Beibehalt der Direktzahlungen, Sicherheitsnetz für Krisenzeiten und eine starke zweite Säule für Innovationen, Energieeffizienz, Bewältigung des Klimawandels und die gezielte Abgeltung freiwilliger Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt- und Tierschutz.

Die deutschen Landwirte haben allen Grund zum Optimismus. Sie sind wettbewerbsfähig, gut ausgebildet, arbeiten umweltfreundlich und nutzen ihre Chancen auf regionalen wie auf internationalen Märkten (drittgrößter Agrarexporteur). Langfristig steigt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen mit der wachsenden Weltbevölkerung noch weiter an. Deutschland braucht seine Landwirtschaft, die CDU bleibt ihr verlässlicher Partner.

3. FÜR ZUSAMMENHALT UND SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND

Gute Botschaften für Familien

In der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik hat die CDU die Familie weiter gestärkt und entlastet: Zu Beginn des Jahres 2010 wurden das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht, der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende angehoben. Dadurch werden besonders Familien in unteren und mittleren Einkommensbereichen gefördert. Um Kinder vor Armut zu bewahren, wird der Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern ausgeweitet und der Unterhaltsvorschuss künftig bis zum 14. Lebensjahr gewährt werden.

Gute medizinische Versorgung für alle

Die Menschen werden erfreulicherweise älter. Der medizinische Fortschritt eröffnet bessere Heilungschancen. Deshalb können die Kosten für Gesundheit nicht sinken. Dennoch stellen wir sicher, dass die gute medizinische Versorgung auch morgen noch allen Menschen in Deutschland zur Verfügung steht. Diese Aufgabe kann nur solidarisch geschultert werden. Deshalb werden alle fair daran beteiligt.

Die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung geht zwei Bereiche erfolgreich an:

- Das für das Jahr 2011 erwartete Milliardendefizit der Krankenkassen wird ausgeglichen.
- Zugleich wurde der Einstieg in ein System mit echtem Wettbewerb geschafft. Dazu werden die Zusatzbeiträge unter Einbeziehung eines Sozialausgleichs weiterentwickelt. So bleibt die hervorragende medizinische Versorgung auch für die Zukunft garantiert.

Die Finanzierungsreform schafft die Grundlage dafür, dass das Gesundheitssystem hin zu mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und mehr Effizienz ausgerichtet wird. So lassen sich die Ressourcen des Gesundheitssystems besser erschließen.

Wir treten dafür ein, dass der Einzelne nicht überfordert werden darf – auch wenn die Ausgaben für Gesundheit steigen. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Pro-

zent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens bekommt der Versicherte einen sozialen Ausgleich.

Der Sozialausgleich wird unbürokratisch und ohne Antragsverfahren über den bisherigen Krankenversicherungsbeitrag über den Arbeitgeber/Rentenversicherungsträger automatisch abgewickelt.

Mit der Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge ist der Weg für eine stärkere Entkoppelung von Krankenversicherungs- und Lohnzusatzkosten frei. Damit wird der Faktor Arbeit bei steigenden Gesundheitsausgaben nicht mehr stärker belastet. Das sorgt dafür, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten Arbeitsplätze besser geschützt sind und entspricht dem Erfordernis, Beschäftigung stärker abzusichern.

Durch die Zusatzbeiträge in Euro und Cent erhalten die Menschen ein nachvollziehbares Preissignal. Durch die bessere Vergleichbarkeit der Krankenkassen wird der Wettbewerb der Krankenkassen um die Versicherten gestärkt. Am Ende können die Versicherten entscheiden, welche Krankenkasse gut ist und welche nicht.

Die Schaffung von mehr Wettbewerb auf der Einnahmenseite ist nur ein erster Schritt: Ziel ist es, weitere strukturelle Reformen im System anzugehen, die zu mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen.

Erfolge der Integrationspolitik

Vermeehrt erwerben jüngere Migranten bessere Abschlüsse. Nicht nur bei mittleren Schulabschlüssen, sondern auch bei der Fachhochschulreife und dem Abitur ist eine positive Tendenz zu verzeichnen.

Die Integrationskurse sind ein Erfolgsmodell: Seit 2005 haben mehr als 600 000 Migranten an einem Kurs teilgenommen. Weit mehr als die Hälfte von ihnen freiwillig. 2009 waren dies 56,4 Prozent! Wegen der großen Nachfrage sind die Mittel für die Integrationskurse in diesem Jahr um 44 Millionen auf 218 Millionen Euro (plus weitere 15 Millionen aus dem BMI-Etat auf insgesamt 233 Millionen) angehoben worden. Eine Investition, die die Integration entscheidend voranbringt!

Auch bei konkreter Partizipation gibt es Erfolge: Bemerkenswert ist die steigende Eigentümerquote. Immer öfter besitzen Migranten ein Haus oder eine Eigentumswohnung. Vorsprung der hier geborenen Migranten zu Zugewanderten (34,2 Prozent/26,2 Prozent). Auch die Daten zum bürgerschaftlichem Engagement sind Ansporn, die Anstrengungen für eine bessere Integration zu verstärken. Die in unserem Land geborenen Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt fast genauso häufig ehrenamtlich aktiv wie Einheimische ohne Migrationshintergrund.

Erfolge in Afghanistan

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist in Deutschlands Interesse. Er dient unserer Sicherheit, denn die Sicherheit und Stabilität Afghanistans wirken sich unmittelbar auf uns aus. Nur der Einsatz internationaler Truppen verhindert, dass Afghanistan erneut zu einem gescheiterten Staat und zum Rückzugs-, Ausbildungs-, Planungs- und Operationsraum für international agierende Terroristen der Al Qaida wird, die auch uns bedrohen können. Die Soldaten der Bundeswehr verdienen für ihren gefährlichen Einsatz in Afghanistan unsere Anerkennung und Unterstützung.

Es gibt auch entwicklungspolitische und humanitäre Gründe für eine Fortführung des Einsatzes. Die Gefahr einer Rückkehr der Taliban an die Macht ist noch nicht gebannt. Unter den Taliban wurden Frauen ihrer Rechte vollständig beraubt und brutal unterdrückt. Mädchen durften keine Schule besuchen und keine Ausbildung machen. Musik, Tanz – vieles war bei Androhung grausamster körperlicher Strafen verboten. Es gab Massenhinrichtungen im Fußballstadion von Kabul. Trotz der Opfer, die der Konflikt nach wie vor fordert, hat sich die Menschenrechtsslage deutlich verbessert. Der Einsatz ist zudem die Voraussetzung für weitere politische und wirtschaftliche Fortschritte. Ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit. Diese Erkenntnis kommt im Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ zum Ausdruck, der die militärischen und polizeilichen Anstrengungen für die Sicherheit mit den zivilen Wiederaufbauanstrengungen verknüpft. Es ist ein Erfolg des beharrlichen Engagements der Bundesregierung, dass nunmehr alle unsere Partner diesen Ansatz mittragen.